

„die darmstädter studentenzeitung“ erscheint zwölfmal im Jahr (vierzehntägig im Semester). Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Tel. 16 25 17. Verantwortlich: G. Lichtenheld. Verkaufspreis: DM 0,40, Hochschulangehörige DM 0,10; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00, (Ausland DM 7,70).

DM - ,40

Studenten DM-,10

8.5.1969

1F 2824E

die darmstädter studentenzeitung

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Dieser Ausgabe liegt eine Druckschrift der Firma B. G. Teubner, Fachbuchverlag, Stuttgart-Vaihingen bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

100

CHANCEN für Reformen

Am 14. Mai wird sich der Große Senat der Öffentlichkeit präsentieren, erstmals in der vollen Pracht der neuerworbenen Drittelparität. Er muß ein Direktorium wählen, mit der Satzungsreform weitermachen (das Wichtigste kommt ja noch) und zu numerus clausus, Ordnungsrecht und HUG konkret und verbindlich Stellung nehmen. Die Wahl des Direktoriums ist ziemlich belanglos. Sie ist nur dann sinnvoll, wenn vorher durch Satzungsänderung die Aufgaben des Direktoriums neu bestimmt werden. Es bietet sich eigentlich nur das Modell einer Geschäftsführung an, die ausschließlich durch konkrete Aufträge vom Senat oder Großen Senat legitimiert ist, politisch zu agieren.

Diese Konstruktion muß ausdrücklich als demokratisches Gegenmodell zu dem faschistischen Präsidenten in Schüttes HUG ausgelegt werden. Ist der Große Senat dazu nicht bereit, dann können sich die Studenten, wenn ihnen Demokratisierung wichtiger als Opportunismus ist, bei der Wahl nicht beteiligen, auch nicht durch Gegenstimmen.

Aber viel wichtiger als die Besetzung des Direktoriums ist die Satzungsrevision. Der Kern der undemokratischen Ordinarienuniversität wurde bisher ja überhaupt nicht berührt. Die im Wintersemester erzielten Reformen haben die Ordinarien nichts gekostet als die Aufgabe einiger liebgehabter musealer Traditionen.

Für die wissenschaftliche Ausbildung und für die Forschung braucht man weder einen lieben Rektor noch demokratisch besetzte Hochschulgremien (die wir auch noch nicht haben, siehe das unterprivilegierte Personal), sondern Lehrstühle und Institute. Und dort liegt die eigentliche Macht der Ordinarien: Das ist die uneingeschränkte und unkontrollierte Entscheidungsbefugnis über Lehre und Forschung.

Der Ordinarius lehrt, was er will, und prüft, was ihm paßt, und gibt Noten, die er für angemessen hält, und bestimmt, was und wie geforscht wird. Das ist seine alleinige einsame Entscheidung, und kein Kollege und schon gar nicht ein profaner Hochschulangehöriger kann ihm da laut Satzung reinreden, und sei der Herr Professor die größte Niete.

Genau das, was die wissenschaftliche Hochschule ausmachen soll, bestimmt eine winzige Gruppe an der Hochschule: die Ordinarien in den Lehrstühlen und Instituten. Daran hat keine der bisherigen Satzungsreformen auch nur ein bißchen gekratzt, Jubel in Darmstadt hin und her. Genau hier muß sich das Demokratieverständnis der Ordinarien erst noch beweisen. Die zugestandene Drittelparität ist kein Alibi, die zählt hier gar nichts.

Was haben wir von der Drittelparität, wenn numerus clausus und sadistischen Prüfungen kein Ende gemacht werden, wenn die Ordinarien allein bestimmen, welche Fächer gehört und welche Prüfungen gemacht werden müssen? Die paritätische Besetzung der übergeordneten Gremien ist keine Antwort, denn die haben keine Kompetenzen für Lehre und Forschung. Nicht die Senate, die Lehrstühle und Institute bestimmen, was und wie wissenschaftlich gearbeitet wird.

Im Wintersemester konnten die Studenten ihre Forderung noch nicht durchsetzen, die Satzung von unten nach oben zu entrümpeln, also erst die Lehrstühle und Institute zu demokratisieren und dann die übergeordneten Gremien. Die Professoren haben sich verständlicherweise gegen diese Forderung gesperrt, denn die ging an den Nerv.

Aber jetzt sind die Studenten stärker vertreten und können auf die Unterstützung aus anderen Gruppen im Großen Senat setzen. Es müßte ihnen gelingen, den zentralen und einzig wesentlichen Komplex der Satzungsreform, die Demokratisierung der Lehrstühle und Institute, als erstes vorzunehmen. Die Besetzung der übrigen Hochschulgremien ist dann nur noch eine Formsache, sie ergibt sich aus der Kompetenzneuverteilung an der Basis automatisch.

Das gültige Hochschulgesetz erlaubt dem Großen Senat, ein überzeugendes demokratisches Satzungsmodell dem antidemokratischen HUG Schüttes entgegenzustellen. Wenn die Studenten diese Chance verspielen, dann war ihr bisheriger Kampf für die Katz. Der Kampf geht weiter, und jetzt ohne Manschetten und sentimentale Skrupel.

Erste Lesung des HUG: 21. bis 22. Mai in Wiesbaden

Schütte bereitet mit Hochschulgesetz Zwangsexmatrikulation vor!

Ab 1970 Kurzstudium für die aus der Hochschule Herausgeprüften

Zusammen mit dem Universitätsgesetz legte Kultusminister Schütte ein Hochschulgesetz, das als Rahmengesetz für Universitäten, Fach- und Musikhochschulen gelten soll, dem Landtag vor.

Dieses im ersten Augenblick fortschrittlich scheinende Gesetz, durch das die Ingenieurschulen in Fachhochschulen umgewandelt werden und in dem ein Gesamthochschulsystem als Zielvorstellung angepriesen wird, entpuppt sich beim näheren Hinsehen und beim Lesen der Begründung als folgerichtiger Schritt zur Bildungsfabrik.

Jahrelang wurde der Ausbau der Hochschulen sträflich vernachlässigt. Das Versagen der Kultusbürokratie in der Hochschulpolitik wird deutlich in den Zwangsmaßnahmen, mit denen Schütte der steigenden Studentenzahlen bei gleichbleibend schlechten Studienbedingungen Herr werden will:

Durch numerus clausus wird bereits ein großer Teil der Abiturienten vom Studium ferngehalten. Diejenigen, die mit Glück die irrationalen Auslesekriterien erfüllen, werden durch Prüfungen und Zwangsexmatrikulation in Kurzstudiengänge gepreßt, die bis ins Detail von der Kultusverwaltung vorgeschrieben sind. Die Hochschulen werden leergeprüft, die vorgesehenen Langstudiengänge dienen zur Elitezüchtung. Wer sich gegen diese perfekte Auslesemaschinerie auflehnt, bekommt das studentische Ordnungsrecht zu spüren.

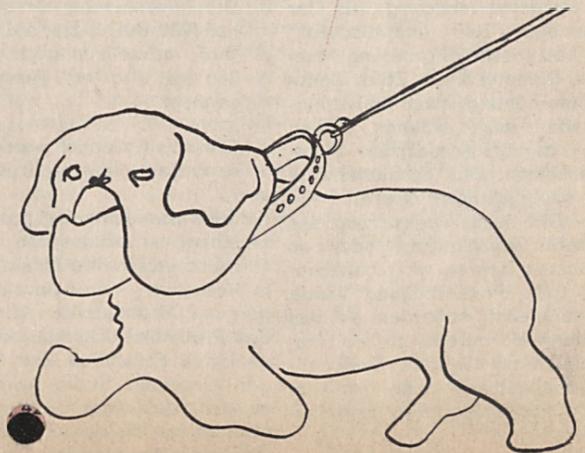
Das Herausprüfen der Studenten aus den Universitäten mit dem darauf folgenden Verweis an die Fachhochschulen begründet Technokrat Schütte mit den „individuellen Berufswünschen“. Sozialer Zynismus dem Grundrecht auf freie Berufswahl gegenüber zeigt, wie die Gesetzesmacher im Kultusministerium Demokratie auffassen. Die Forderung von Industrie und Handwerk,

„bewährte Ausbildungsgänge“ nicht anzutasten und die Absicht, die Zahl der Abiturienten einzufrieren, damit untere Positionen, die wenig Lohn kosten, besetzt werden können, wurde in erschreckender Weise nachgegeben.

Das Nebeneinander von wissenschaftlicher Hochschule und Fach-

Die weitreichende Entscheidungskompetenz der staatlichen Verwaltung in der Fachhochschule zeigt, was die wissenschaftlichen Hochschulen in der Zukunft noch zu erwarten haben.

Dieses Eingriffsrecht behält sich das Kultusministerium auch bei den gemeinsamen Ausschüssen von Uni-



versität und Fachhochschule vor. Sie haben den Hauptzweck, den Übergang vom Lang- in das Kurzstudium zu koordinieren. In der Begründung zum Hochschulgesetz schreibt Schütte: Der in § 11 genannte gemeinsame Ausschuss wird sich unter anderem mit der Ausarbeitung von Empfehlungen für die Anrechnung von Studienzeiten zu befassen haben, wobei im Bereich der Ingenieurwissenschaften der Übergang von den Fachhochschulen zur Technischen Hochschule und umgekehrt besonders dringende Probleme aufwirft.

Durch diese Gesetzesvorlage macht die Landesregierung den Versuch, die bestehenden Zustände durch Namensänderungen zu zementieren und das Kapazitätsproblem durch staatsdirigistische Mittel zu lösen.



Schafft der Große Senat die totale Reform?

Mieterhöhung zurückgenommen?

Verhandlungen in Wiesbaden

Zu Ende des Wintersemesters kamen Wiesbadener Regierungsbeamte aus Finanz- und Kultusministerium zu Besuch in die Darmstädter Studentenwohnheime, alarmiert durch angekündigte Kampfmaßnahmen der Heimbewohner gegen die drohende Mieterhöhung. Am 22. 4. fuhr die Heimabordnung zu einem Gegenbesuch nach Wiesbaden. In ihrer Begleitung: zwei Vertreter des ASTA sowie Vorstand und Geschäftsführer des Studentenwerks. Die Gegenseite vertraten: Dr. Zülch (FiMi), Dr. Kettner (KuMi).

„Der Wohnheimbau gehört zu geistigen Landesverteidigung, wie der Kasernenbau zur militärischen! Diese ketzerische Forderung kam von den Studenten. Dr. Zülch wollte die Mieterhöhung zwar mitverhindern, aber dazu anfangs keinen einzigen der „Osswaldschen Dukaten“ einsetzen: Das Studentenwerk sollte das jährliche Defizit von 45.000,- DM durch Verteuerung des Mensacafés ausgleichen oder es sollte seinen Betrieb wirtschaftlicher führen. Eine Preiserhöhung wurde sofort abgelehnt. Außerdem sei das Studentenwerk bereits so weit rationalisiert, daß weitere Rationalisierungsmaßnahmen keine nennenswerten Kostenersparnisse mehr erbrächten.

Nach diesem Vorgeplänkel wurden endlich die Darmstädter Vorschläge diskutiert: Das Land solle auf die Pachteinnahmen aus dem Wohnheim Alexanderstraße verzichten. Hierdurch würden die studentischen Mieten jährlich um 30.000,- DM entlastet. Das Land solle ferner die aus unhaltbaren Finanzierungsbestimmungen resultierenden Baudarlehen ablösen. Hierdurch würden die Mieten um weitere 17.000,- DM (Tilgungszinsen) entlastet.

Die Frage, ob die Heime nicht mit einem von beiden zufriedener wären — wenn die Mieterhöhung also auf $\frac{2}{3}$ oder gar $\frac{1}{3}$ gesenkt würde — fand ein entschiedenes Nein. Auf diesem Nein bestehen, heißt fordern: Ändert die bisherige Wohnheimfinanzierung! Mit studentischen Mieten können laufende Betriebskosten, nicht aber zusätzlich Abschreibungen erwirtschaftet werden. Andernfalls würden die Heime ihren beiden Aufgaben nicht gerecht:

* Sie sollen Buden zu sozial tragbaren Mieten anbieten.

* Sie sollen das verheerende Mietniveau auf dem freien Mietmarkt herunterdrücken.

Fazit des Wiesbadener Gesprächs: Die beiden Ministerialbeamten wollten — wie immer — ihre Minister nicht präjudizieren und deshalb auch keine bindende Zusage erteilen. Immerhin ließen sie aber keine Zweifel darüber aufkommen, was die Minister bis Juni entscheiden würden:

1. Die Mieterhöhung wird gestrichen.
2. Die Wohnheimruine (76 Bettplätze) wird sofort fertiggestellt.
3. Die Finanzierung für den Karlsruhof (730 Bettplätze; 15. Mill. DM) wird schnellstmöglich geregelt und es wird mit dem Bau begonnen.
4. Gleichzeitig damit werden weitere Projekte in Angriff genommen.

Fällt bis zum Juli keine positive Entscheidung — enttäuschen die Minister also das in ihre Einsicht gesetzte Vertrauen — so wird sie erzwungen aus Gründen der Minimierung des Protestieraufwandes mittels der dosierten Eskalation. Der Druck auf den einzelnen Stufen wird so bemessen, daß dem Gegner nur jeweils diese beiden Entscheidungsmöglichkeiten bleiben: Die positive, mit der er eine populäre Maßnahme durchführen darf, und die negative, mit der er eine höchst unpopuläre durchführen muß.

Die erste Stufe ist die Nichtzahlung der Mieterhöhung. Inzwischen sicherte durch, was man notfalls zu Anfang des WS zu tun gedenkt. Man würde Unterschriften der Studenten sammeln, die sich bereit erklären, Teile der Studiengebühren (Hochschul- oder/und Studentenwerksbeitrag) nicht an die Hochschulkasse, sondern auf ein Sperrkonto zu überweisen. Bezeichnung: „Für den längst fälligen Bau weiterer Wohnheime!“ Entscheiden die Minister nicht positiv, so müßten sie versuchen, studierwillige Studenten zu exmatrikulieren.

Wenn der Staat, was schon längst überfällig ist, seine Präferenzen hinsichtlich der Steuermittelvergabe nicht umsetzt, muß man es eben selbst versuchen.



Schaltet das Kraftwerk ab?

Wenn das Licht ausgeht Seminar der Gewerkschaft ÖTV gegen das HUG

Am 25. April diskutierten Personalvertreter der hessischen Hochschulen auf einem Seminar der Gewerkschaft ÖTV in Frankfurt, was sie gegen Schüttes Entwurf für ein Universitätsgesetz (HUG) erfolgreich unternehmen könnten. Gerade das Personal hat Grund, das HUG schärfstens abzulehnen: Schüttes gesteht dem Personal in keinem Hochschulgesetz gleichberechtigte Teilnahme (Stimmrecht) zu! An der Runde nahmen auch einige Studenten, Assistenten und Profes-

„Das muß richtig organisiert werden wie eine Operation. Der Cobler schneidet erst mal den Bauch auf, wir greifen dann nach und klemmen die Adern ab, und im Kraftwerk fällt der Riemen.“ (Ein Personalmitglied zum Vorgehen im Großen Senat)

soren teil; vom schlappen Darmstädter ASTA hatte sich allerdings, trotz Einladung und Zusage, keiner nach Frankfurt begeben. Es wurde ein Änderungsvorschlag erarbeitet, bei dem ausdrücklich darauf verzichtet wurde, für die anderen Gruppen an den Hochschulen irgendwelche Forderungen zu stellen. Man beschränkte sich darauf, das HUG zu durchforsten und überall ein Stückchen Mitbestimmung für das Personal einzubasteln, alles ganz bescheidene Forderungen. Nur in einem Punkt wagte man ein bißchen: § 69 Abs. 2 des HUG solle ersatzlos gestrichen werden. Dieser Paragraph bestimmt, daß alle derzeitigen Hochschul- und Studentenschaftssatzungen außer Kraft treten, soweit sie dem HUG entgegenstehen. Das Personal ist ganz begeistert vom „Darmstädter Modell“ und will es

als ersten Ansatz zur Mitbestimmung in den Hochschulgremien erhalten wissen: So bescheiden ist man noch. Um diese Minimalforderungen durchzusetzen, sollen die Landtagsabgeordneten noch einmal kräftig beknetet werden. Gerade die SPD-Genossen will man am Schlipps kriegen, wo doch die Gewerkschaftsmitglieder und die Hessen-Südler sonst immer das Maul voll Mitbestimmung haben, wenn es nichts kostet. Mit CDU und FDP wird man auch reden, verspricht sich aber nicht zu viel davon. Während der 1. Lesung des HUG werden viele Hochschulbedienstete in Wiesbaden sein, Karten für den Landtag sind schon bestellt; möglicherweise wird eine presse- und fernsehwirksame Show veranstaltet. Großkundengebungen können folgen.

Sollten alle diesen braven Bemühungen ohne Erfolg bleiben (Illusionen hat da wohl keiner), müssen die Hochschulbediensteten andere Mittel finden, um ihre düstere Lage zu erhellen. So könnte an der TH durch einen dummen Zufall ein Defekt im Kraftwerk auftreten oder so etwas Ähnliches. Vielleicht merken dann ein paar mehr Leute, wie wichtig das Personal für das technische Funktionieren und die Verwaltung des Großbetriebes Hochschule ist. Und zumindest in Darmstadt ist, über alle Standesdünkel hinweg, eine Anti-HUG-Volksfront in Sicht.



Kanzler Wilke gegen Dr. Wilke

Umgeben von einem Schwarm Mitarbeiter, schritt Kanzler Dr. Wilke am 30. April zur Wahl der 12 nichtwissenschaftlichen Bediensteten im Großen Senat. Doch sein demokratisches Bemühen war vergebens: In der Liste der Wahlberechtigten der Personalstelle der TH (Dienstherr: Kanzler Wilke) aufgestellt und ohne Einspruch vom Rektor und vom Kanzler genehmigt, stand sein eigener Name nicht, obwohl er zu den nichtwissenschaftlichen Bediensteten der TH gehört.

Dem Wahlausschuß blieb nichts anderes übrig, als auf die abgelaufene Einspruchsfrist hinzuweisen, und den Kanzler sein Wahlrecht nicht ausüben zu lassen. Auch dessen Ankündigung einer Anfechtung der Wahl konnte den Wahlausschuß nicht erschüttern, der in allen strittigen Fällen so entscheiden mußte.

Moral: Bürokratie und formaljuristische Spitzfindigkeiten können die schönste Demokratie zur Farce machen und treffen Richtige und Falsche.

Links und Schlapp

Das Firmenschild täuscht: Nominell ist es der linkeste ASTA in der Geschichte der Darmstädter Studentenschaft. Aber gemessen an den heutigen Möglichkeiten gab es einen so schlappen ASTA schon lang nicht mehr. Der alte Vorstand mit den Nicht-SDSLern Cobler, Herold und Lauterbach hatte kaum die Plätze freigemacht, als es mit der Nichtstuerie losging. Den studentischen Schwung des Wintersemesters ließ der neue ASTA schnell einschlafen.

Im Senat und in den Fakultäten gab man sich wieder brav und tranig und vergaß geschwind alle gefaßten und beschlossenen Vorschläge. Ein Beispiel aus dem Senat: Der hatte drei Professoren für den Verwaltungsrat (zuständig für Wirtschafts- und Personalfragen und nach dem Senat das wichtigste „allgemeine“ Hochschulgremium) zu benennen. Die Studentenfunktionäre waren erst mal verblüfft — Student wählt Professor, das ist neu — und suchten dann Kandidaten, fanden aber keinen.

Also einigte man sich intern auf Stimmenthaltung, höchstens auf Gegenstimmen gegen Reaktionen wie Elschner (Experimentalphysik). Der Senat wählte dann, in zwei Lesungen und mit den Fürstimmen der Studenten, die Herren Elschner, Klein (ET) und Strickrodt, der immerhin im DDR-Braunbuch aufgeführt wird. Aber eine Personalbefragung forderten die Studenten nicht.

Oder in den Fakultäten: Die E-Techner und die Mathe-Physiker beschlossen einen Aufnahmestop fürs Wintersemester, um es denen in Wiesbaden zu zeigen. Die Abiturienten bleiben höchst draußen, Akademiker unter sich, man ist es zufrieden. Und kein Veto der Studenten!

Dabei war im ASTA mehrmals über numerus clausus lang und breit diskutiert worden. Es kamen mit allgemeiner Zustimmung nur zwei Haltungen in Frage: entweder offen lassen und auf den ganz großen Knall warten oder zumachen und gleichzeitig durch Einstellung des Lehrbetriebes den großen Knall zu provozieren. Die jetzt beschlossene labbrige Demonstration mit dem Zumachen ohne Streik wurde im ASTA eindeutig verworfen. Und dann gehen die Funktionäre hinaus und sehen zu, wie die Professoren den Aufnahmestop beschließen, kein Veto. Sie sind wieder elitär und akademisch geworden, unsere Studentenfunktionäre. Sie haben einen unheimlichen Informationsvorsprung (das meiste belangloses Zeug im Vergleich zu den Darmstädter Prüfungsergebnissen), und wenn sie nicht ein unverständliches Info machen, dann hocken sie auf den Informationen wie die Glücke auf dem Gipsei.

Da sitzen sie im ASTA, ihnen steht ein gut ausgestatteter Büroapparat zur demütig erduldeten Ausbeutung ständig zur Verfügung, und wissen nichts Besseres zu tun, als von Vermittlungsschwierigkeiten zu schwärmen und auf den Aufschrei der Basis zu warten. Aber das studentische Fußvolk ist ja blöd und nicht informiert, das kapiert deshalb nichts. Und die Furcht vor einem momentanen Rückschlag hindert sie, irgendetwas zu tun. So sammeln sie unverdrossen Informationen, die sie nicht vermitteln können, statt selbst durch Aktionen neue Informationen zu schaffen.

Später werden sie einmal sagen, sie wären dabei gewesen! Ach, waren das noch Zeiten! Damals, als wir die Drittelparität erkämpften. Vorbei. Der jetzige ASTA ist lahm und siech wie ein alter Opa.

Wie Sie sich täglich „debattenfest“ machen können



Mit Allerweltswissen ist das nicht zu schaffen. Für Überzeugungskraft und Standvermögen in der Diskussion brauchen Sie aktuelles Rüstzeug: Täglich fundierte Informationen aus einer Zeitung von internationalem Rang: Informationen aus der „Süddeutschen“, der großen deutschen Tageszeitung. Ihr eigenes, weltweites Korrespondentennetz gewährt exklusive Berichterstattung. Die saubere Trennung von Meldung und Meinung innerhalb der SZ begründet ihre schon sprichwörtliche Objektivität.

Machen Sie sich das zunutze. Werfen Sie SZ-Informationen in die Debatte. Lesen Sie, zitieren Sie die Süddeutsche Zeitung, die von der Londoner TIMES als „... das Beste im westdeutschen Journalismus“ bezeichnet wurde.

Süddeutsche Zeitung

Studenten erhalten die SZ im Abholabonnement für DM 4,- oder im Postabonnement für DM 5,-

Ist die Prüfung noch zu retten?

**Heutiges Prüfungssystem benachteiligt sozial schwache Gruppen
Studenten fordern gerechte Leistungskontrolle statt Eliteauslese**

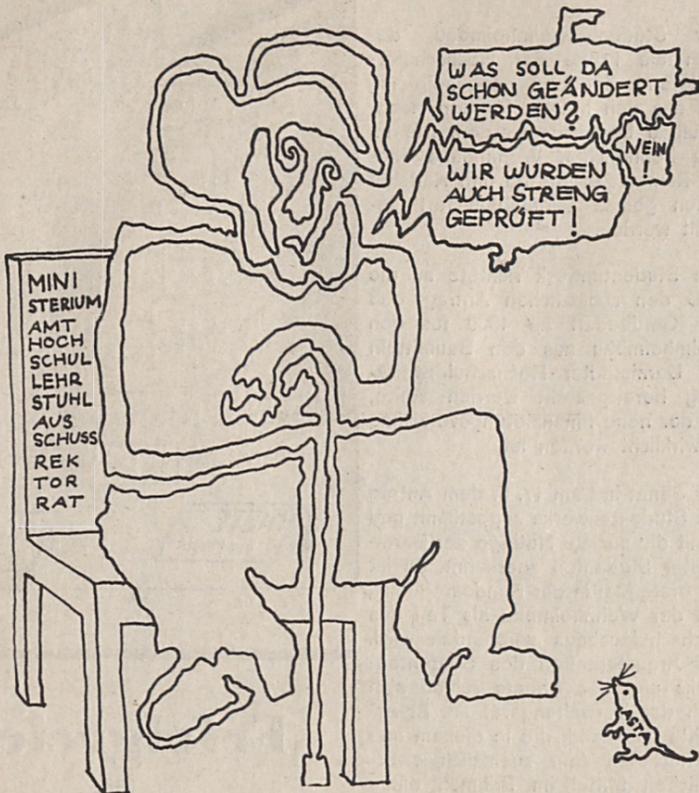
Ein Student fällt bei Piefke (Theoretische Elektrotechnik) zweimal durch, schreibt in der Semestral Klausur wieder eine Fünf und lernt für die nächste Wiederholungsprüfung auch nicht mehr als vorher. Ergebnis: Er besteht mit „Eins plus“. Entweder hat der Prüfling unverdient Glück gehabt, oder Prof. Piefke hat – und das gleich zweimal – bei der Beurteilung der Fähigkeiten seines Prüflings katastrophal versagt.

Die Kritik an solchen Vorgängen (und an ähnlichen, die für den Geprüften nicht so glimpflich ausgehen) muß jedoch nicht an der Person des Prüfers, sondern am gegenwärtigen Prüfungssystem geübt werden, das derartige Ungereimtheiten zuläßt und verursacht.

Prüfungen in der jetzigen Form stehen zeitlich und inhaltlich isoliert vom eigentlichen Studium. Zwischen Lehrveranstaltung und Prüfung liegen im allgemeinen mehrere Semester. Geprüft wird nicht das Verständnis, sondern das Gedächtnis. So wird die Prüfung nicht Anreiz für die Beschäftigung mit einem Fach, sondern Anlaß zu sturem Pauken, denn die punktuelle Abfragung von Wissen verlangt nicht so sehr eine Vertiefung des Verständnisses als vielmehr ein Auswendiglernen, um den individuellen Marotten des Prüfers genügen zu können.

In der Prüfung befindet sich der Prüfling in einer psychischen Ausnahmesituation. Er muß nicht nur kurzfristig lexikalisches Wissen abrufen können, ihm sind auch die Folgen bewußt, die der Ausgang der Prüfung für ihn haben kann. Zur Zeit hängt von den Prüfungen alles ab: Fortsetzung des Studiums, Teilnahme an weiterführenden Lehrveranstaltungen, Empfang von Stipendien, soziale Stellung im Berufsleben. Die Angst vor Versagen und den möglichen Konsequenzen beeinflussen das Prüfungsergebnis ganz erheblich.

Auch der Prüfer ist eindeutig überfordert: Er hat nicht nur die Bewertungskriterien festzulegen, sondern muß auch noch feststellen, ob und vor allem wie weit die von ihm festgesetzten Anforderungen vom



Prüfling erfüllt werden. Dieses Verfahren ist ungerecht, und auch seine Rationalität muß in Frage gestellt werden.

Der Student hat keine Möglichkeit, auf die Durchführung der Prüfung und die vom Prüfer gesetzten Normen einzuwirken. Das Bewußtsein dieses Abhängigkeitsverhältnisses erzeugt und verstärkt absolute Macht- und Ohnmacht-Gefühle bei Prüfer und Prüfling. In der mündlichen Einzelprüfung wird die uneingeschränkte Macht des Hochschullehrers besonders deutlich.

Der ernsteste Vorwurf gegen das heutige Prüfungssystem ist, daß es die sozial schwachen Gruppen der Gesellschaft eindeutig benachteiligt – ungerechtfertigt, denn Verfassung und Gesetze fordern absolute Chancengleichheit. Unterschiedliche Voraussetzungen durch Erziehung, Bildung und finanzielles Rückgrat des Elternhauses werden nicht abgebaut, sondern noch verstärkt.

Die gesellschaftlich Unterprivilegierten (Arbeiter, Frauen) haben

trotz der vorgespiegelten Chancengleichheit größte Schwierigkeiten, die Auslesemechanismen überhaupt zu überwinden; Prüfungen haben eine die herrschenden Schichten reproduzierende Wirkung.

Die verbale Intelligenz des Prüflings – sein Wortschatz und seine Fähigkeit, Gedanken verständlich in Worte zu fassen – hat enormen Einfluß auf die Beurteilung seines fachlichen Wissens. Es ist erwiesen, daß die Deutschnote als einzige der Abiturnoten eine Prognose auf spätere Prüfungsergebnisse erlaubt, und zwar für alle Studienrichtungen. Die sozial schwachen Schichten haben eine direktere und kürzere Sprache als der feingeistige Bürger und werden, da die Beherrschung des weitschweifigen Schriftdeutsches ersichtlich ein wichtiger Prüfungsmaßstab ist, unnötig benachteiligt.

Die Prüfungsmaßstäbe sind nicht wissenschaftlich, sondern werden den Ansprüchen und Erwartungen der herrschenden Schichten so angepaßt, daß diese bei Ausleseverfahren und Prüfungen dann auch wesentlich besser abschneiden: vor allem die Verwaltungs- und Wirtschaftseliten (Beamte und höhere Angestellte) und die freien Berufe. Die postulierte Chancengleichheit steht nur auf dem Papier.

Eine unter den aufgezählten Belastungen und Handicaps vorgenommene Leistungsprüfung des Studenten kann keine gerechte Bewertung seiner Fähigkeiten in dem von ihm gewählten Studienfach ermöglichen. Man muß also die Prüfungskriterien gegen die derzeitigen Ansprüche der Gesellschaft weitgehend objektivieren, um in Zukunft eine gerechte Kontrolle durchführen zu können. Nicht die Auslese einer Elite, die vorgegebenen, nicht kritisch reflektierten Anforderungen genügt, ist der Zweck der Prüfung, vielmehr soll sie folgende Funktionen erfüllen:

Die Prüfung soll dem Studenten zur Selbstkontrolle seiner Leistungen und Fähigkeiten dienen. Außerdem soll sie eine Rückmeldung zum Dozenten gewährleisten, ihn über den Erfolg seiner Lehrbemühungen informieren.

Am besten erfüllt eine ständige studienbegleitende und studienbezogene Wissens- und Verständnisüberprüfung diese Bedingungen. Die

zeitliche und fachliche Isolierung der Prüfung wird dann zugunsten einer dauernden Kontrolle während des Studiums aufgehoben. Der Student sieht sich nicht mehr dem einmaligen Ereignis einer hochnotpeinlichen Befragung gegenüber, die über seine Zukunft entscheidet, sondern kann seinen Leistungsstand selbst kontrollieren. Eine Korrektur ist für den Studenten schon unmittelbar beim Auftreten von Schwierigkeiten möglich, und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Eine solche Überprüfung kann in mehreren Tests während des Semesters erfolgen; sie kann sowohl als Kontrolle des Einzelnen als auch einer Gruppe stattfinden. Selbst anonyme Tests erfüllen den Zweck dieser Art von Prüfung: Selbstkontrolle und Rückmeldung zum Dozenten.

Weil eine gerechte Leistungs differenzierung nach Noten unmöglich ist, reicht die Bewertungsskala „bestanden“ oder „nicht bestanden“ aus. Es wird dann nicht mehr nach fragwürdigen, nicht nachprüfbar Kriterien in fünf Stufen benotet; es genügt die Festlegung einer Mindestnorm.

Voll zur Wirkung kommt diese Form der Überprüfung erst, wenn auch entsprechende Maßnahmen zur Studienreform ergriffen werden: Abschaffung der Massenvorlesung und Verlagerung der Wissens- und Verständnisvermittlung von der Vorlesung auf kleine Übungsgruppen. Die Mängel des gegenwärtigen mittelalterlichen Prüfungssystems sind offensichtlich. Es ist erstaunlich, daß sich die Studenten diese irrationalen Ausleseverfahren solange haben gefallen lassen. Heute werden Prüfungen zunehmend als Repressions- und Disziplinierungsmittel benutzt. Prüfungsterror muß mit Boykott beantwortet werden. Nur durch konkrete Aktionen kann überhaupt etwas geändert werden.

Seltsame Maßstäbe

„Ich habe mich gewundert,“ sprach nach der Diplomprüfung in „Signalverarbeitung“ der betreuende Assistent zu den Studenten, „ich habe mich gewundert, daß in der Aufgabe, wo nach einem elektrischen Netzwerk gefragt wurde, Sie alle nur die RC-Variante angegeben haben. Kaum einer hat die RL-Variante gezeichnet. Und keiner hat beide – dabei hätte das doch mehr Punkte gegeben.“

Die Studenten wunderten sich auch: „Es war doch nur eine Lösung gefragt!“ „Ja, aber irgendwie muß man doch die guten Leute herausfinden.“

Die guten sind also die, die auch das beantworten, was gar nicht gefragt wurde.

Die schlechten findet man auf andere Art. Da trägt der Assistent die Häufigkeit der erreichten Punktzahlen in einem Diagramm auf, geht zum Kollegen nebenan und bittet ihn, sein ästhetisches Empfinden zu mobilisieren. Schiebt mit ihm zusammen ein Lineal auf dem Diagramm hin und her, bis „über dem Strich“ und „unter dem Strich“ ausgewogen erscheinen und weiß nun: unter dem Strich sind die Versager.

Der Herr, der mit solch leichter Hand darüber entscheidet, ob ein Student besteht oder nicht, ist der Herr Scheel vom Institut für Regelungstechnik; im Nachbarzimmer sitzt der Herr Wehrich.

Die Namen der Herren, die an den anderen Instituten die Lineale schieben, können in den jeweiligen Geschäftszimmern erfragt werden.

Wissmann erprobt neue Prüfungsform

In neuer Form will Prof. Wissmann (Lehrstuhl für Leichtbau) versuchsweise in diesem Semester die Prüfungen in seinem Fach abhalten. Angestrebt wird eine Einheit von Vorlesung, Übungen und Prüfung. Die Prüfung besteht aus mehreren Klausuren während des Semesters und einer Semesterabschlussklausur.

Prof. Wissmann, der vor Übernahme des neu gegründeten Lehrstuhls vor zwei Semestern mehrere Jahre in den USA gearbeitet hat, äußerte sich schon früher enttäuscht über den schlechten Wirkungsgrad deutscher Lehrveranstaltungen („Es ist nur in Ausnahmefällen möglich, die Studenten zu aktiver Mitarbeit in der Vorlesung heranzuziehen. . . . Der eigentliche Vorgang des Lernens setzt erst ein, wenn die Zeit der Prüfungen heranrückt.“).

Von der Aussicht, zum Ende der Vorlesung auch die Prüfung abgeschlossen zu haben, verspricht sich Prof. Wissmann einen gewissen Anreiz zur Mitarbeit im Kursus.

Die Teilnahme an dieser Prüfung neuer Art ist freiwillig, es ist also auch möglich, sich zu den normalen Terminen prüfen zu lassen.

Achten Sie auf Reihe Hanser



Poesie und Politik, Erzählung und Essay, Fiktion und Dokumentation. Erstveröffentlichungen oder wichtige Texte, die nicht mehr greifbar sind. Aktuelle Texte, die über das kurzlebige Interesse hinaus für Literatur und Politik Bedeutung haben.

- Band 13: **Jerzy Szaniawski, Professor Tutkas Geschichten** Herausgegeben und aus dem Polnischen von Karl Dedecius.
- Band 14: **Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus** Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918.
- Band 15: **Wolf Wondratscheck, Früher begann der Tag mit einer Schußwunde** Prosa.
- Band 16: **Das Denken von Sade, Herausgegeben von „Tel Quel“.** Aufsätze von R.Barthes, H.Damisch, P.Klossowski, P.Sollers und M.Tort.
- Band 17: **Miroslav Holub, Obwohl...** Gedichte.
- Band 18: **Joachim Schickel, China: Die Revolution der Literatur**
- Band 19: **Lars Gustafsson, Der eigentliche Bericht über Herrn Arenander** Roman.
- Band 20: **Paul Jacobs/Saul Landau, Die Neue Linke in den USA** Analyse und Dokumentation.

Jeder Band 5,80 DM (Band 14, 16 und 20: 7,80 DM)

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstraße 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Erziehung zum Fachidioten

Eines Tages werden die Bekannten feststellen, daß man nicht mehr ansprechbar ist, daß der momentane Horizont völlig auf Mathematik oder Elektrotechnik oder Maschinenbau usw. beschränkt ist, daß man sich über kleine, alltägliche Gehässigkeiten maßlos erregt. Man hat irgendwelche Prüfungen.

Wenn man dann den Verstand genügend umgeschichtet hat, das Gedächtnis zuerst leergepumpt, dann wieder vollgestopft hat, wenn man seine Nerven genügend angespannt hat, dann hat man das leider nicht einmalige Erlebnis, selbst Schauspieler eines Horrorstreifens zu sein, ganz individuell natürlich: entweder man entspannt seine Nerven wieder auf Normallänge oder man spannt sie noch stärker an und wartet darauf, bis sie reißen, oder man schläft wegen Übermüdung ein.

Und dann der große Augenblick, der Vorhang auf der Bühne geht auf und des Prüflings Vorhang geht zu:

„Nehmen Sie diese Klausur nicht als normale Klausur, betrachten Sie sie am besten gar nicht als Klausur, man schreibt ja heutzutage erschreckend viele Klausuren, nehmen

Sie also diese Prüfung als einen persönlichen Test“, also sprach einer der Gekrönten und sprach weiter, „wir werden jetzt eine runde Stunde schreiben, dann ungefähr eine halbe Stunde Pause machen, und dann noch einmal ein runde Stunde schreiben.“

Die Erfahrung wird einmal mehr zeigen, daß runde mit eckigen Stunden identisch und gleich 60 Minuten sind.

Wenn man dann seine Prüfungen hinter sich hat, dann wird man feststellen, daß man vorher genauso schlau wie danach war, daß man vielleicht ein paar Kilo abgenommen hat, daß das Nervensystem stark beeinträchtigt ist, daß man einen weiteren Schritt zum Fachidioten vorangekommen ist.

Schreib- und Übersetzungsbüro

Christa Oppel

Dissertationen · Diplomarbeiten

Darmstadt, Parcussstraße 11
Telefon 76358

Buden immer knapper

Nur neue Wohnheime können Abhilfe schaffen

Die Zahl der Abiturienten wird sich in den Jahren 1969 bis 1978 voraussichtlich verdoppeln. Entsprechend wird sich die Zahl der Studienanfänger an deutschen Hochschulen vergrößern. Die Technische Hochschule Darmstadt erhält bis 1978 ungefähr 300 Millionen DM zum Ausbau der Hochschule. Die jährlichen 35 Millionen DM sind ein lächerlicher Betrag angesichts der heute schon katastrophalen Überbesetzung von Praktika, Seminaren und Hörsälen. Was man aber völlig vergessen oder aus dem Gedächtnis verdrängt hat, ist das Wohnproblem der Studenten.

In Darmstadt sind heute 12,3% der Studenten in vom Studentenwerk betriebenen Wohnheimen unterge-

bracht. Das Angebot an privaten Studentenbuden, das sich bis 1978 durch Sanierungen von Altbauvierteln eher verringern als vergrößern wird, ist heute schon viel zu klein. 1967 vermittelte das Studentenwerk 471 Privatzimmer bei 1685 Anfragen. Das Studentenwerk Darmstadt hat den Bau von 1179 Bettplätzen vorbereitet. Die Planungsunterlagen liegen schon dem Hessischen Kultusminister vor (der Antrag für das Wohnheimprojekt schon seit 1966). Für die Fertigstellung von insgesamt 1258 Bettplätzen (von 1969 bis 1975) — dann könnten maximal 23% der Studenten in einem Wohnheim unterkommen — sind insgesamt 4,9 Millionen DM erforderlich. Nach der bisherigen Finanzierungsmethode des „Düsseldorfer Wohnheimplanes“ in Verbindung mit dem „Bundesjugendplan“ sind 8 Instanzen entweder finanziell oder gutachtlich an den Wohnheimprojekten zu beteiligen.

Da jede Instanz nach eigenen Maßstäben arbeitet, ist eine Koordination unmöglich, wie der völlig zum Erliegen gekommene Wohnheimbau zeigt. Außerdem hat jede Stelle ein Alibi, indem sie auf die anderen verweist. Man muß den Verfassern des „Düsseldorfer Wohnheimplanes“ (Kuratorium des Deutschen Studentenwerks und die Kultusminister) die Absicht unterstellen, daß die Finanzierung von Studentenwohnheimen durch 5 Instanzen und gutachtlicher Beratung von 3 weiteren nicht funktionieren soll.

Das Studentenwerk Darmstadt konnte keine Finanzierung seiner Wohnheime nach dem alten Schema mehr erwarten. Es wandte sich daher an die zuständigen Organe der Hoch-

schule mit der Bitte, die Zustimmung des Landes Hessen zu folgenden Forderungen herbeizuführen:

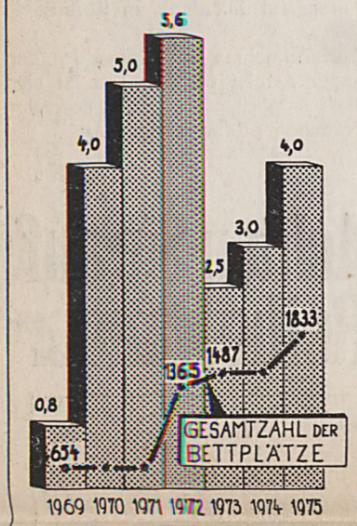
Der Studentenwohnheimbau, der auch als Folge der Hochschulweiterung dringend notwendig ist, soll aus den Mitteln für den Hochschulbau bestritten werden. Die im Bau befindlichen Wohnheime Nieder-Ramstädter Straße und Karlshof sollen gemäß Terminplan fertiggestellt werden.

Das Studentenwerk richtete an die THD den zusätzlichen Antrag, daß der Geldbedarf ab 1969 für den Wohnheimbau aus den Baumitteln der Darmstädter Hochschulweiterung bereitgestellt werden sollte, bis der neue Finanzierungsvorschlag verwirklicht worden ist.

Der Senat hat am 17. 3. dem Antrag des Studentenwerks zugestimmt und damit die soziale Notlage der Darmstädter Studenten anerkannt. Es ist das erste Mal in der Bundesrepublik, daß der Wohnheimbau als Teil des Hochschulausbau verstanden wird. Der Argumentation des Studentenwerks und des Senats schloß sich auch der Verwaltungsrat an. Er ersuchte das Land, die in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich erforderlichen Mittel im Rahmen eines Dringlichkeitsprogrammes bereitzustellen und in künftigen Haushalten „entsprechende Vorsorge“ zu treffen.

Sollte das Land die Gelder genehmigen (eine Ablehnung hätte die Lösung der Bauverträge zur Folge), so wird sich das Gesamtangebot an Zimmern in Darmstadt — trotz der Errichtung von über 1250 Bettplätzen — prozentual immer noch verringert haben.

GELDBEDARF FÜR DEN WOHNHEIMBAU in Millionen Mark



Studenten zu dumm?

Die Technische Hochschule Darmstadt ist als Ausbildungsstätte unfähig.

Ein großer Teil der Studenten verläßt ohne Abschluß die Hochschule, ein weiterer Teil fällt durch die Prüfungen, die übrigen erhalten schlechte Noten. Und alle studieren viel zu lange.

Das beweisen die Gesamtstatistik der Exmatrikulationen im WS 67/68 und SS 68 und die Vordiplomergebnisse vom Herbst 1968.

Im Studienjahr 1967/68 schlossen 753 Studenten ihr Studium „mit Erfolg“, d. h. mit der Diplomprüfung ab, 188 aber gaben ihr Studium auf oder bekamen den Studienplatz entzogen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Studienabbrüchen eine erhebliche Dunkelziffer besteht: 310 Exmatrikulierte geben als Begründung „Hochschulwechsel“ an, viele wohl, um nicht als Versager angesehen zu werden. Es ist also damit zu rechnen, daß mindestens ein Viertel der Studenten ihr Studium nicht mit Abschluß beendeten. Das ist ein Armutszeugnis für die Lehrer an unserer Hochschule. Merke: Nicht der Schüler ist dumm, wenn er etwas nicht versteht, sondern der Lehrer, weil er es nicht vermitteln konnte.

Die Durchfallquoten im Vordiplom sind erschreckend. Von 4394 Einzelprüfungen wurden gerade 2989 (=68%) bestanden. Dabei war schon jede neunte Prüfung eine Wiederholung. Prompt wurden auch 56 Prüfungen zum zweiten bzw. drittenmal nicht bestanden. Den Vogel schießt wieder mal die Fakultät Elektrotechnik ab: Sage und schreibe 44% der Prüfungen endeten mit einem KO für den Prüfling.

Offensichtlich hat diese Fakultät das ausgeprägte Leistungsbeußtsein oder die dümmsten Studenten.

Wenn man sich allerdings die Noten des Vordiploms betrachtet, sind die Dümmsten eindeutig die Architekten und die KuStler. Seit zwei Semestern gibt's dort nur noch Dreier und Vierer. Auszeichnungen werden auch keine vergeben, da ist man sich in allen Fakultäten einig. Dafür gab's im Frühjahr 1967 immerhin insgesamt 43% Vieren, im Herbst allerdings „nur noch“ 30%. Das war halt ein besserer Jahrgang. — Im Hauptdiplom sieht es schon etwas besser aus. Bis dahin hat sich klar herausgestellt, daß mit den Architekten wirklich nicht viel los ist: seit vier Semestern sind Auszeichnungen und Einsen gänzlich unbekannt. Dafür hält sich die Zahl der Vieren seit zwei Jahren bei über 20%. Aus irgendwelchen Gründen sind die Mathe-Physiker viel intelligenter: sie haben regelmäßig die höchste Zahl der Auszeichnungen (auch absolut) und seit mindestens vier Semestern überhaupt keine Vieren.

Es wird übrigens weiterhin hartnäckig behauptet, Noten kämen durch Leistungsbewertung zustande und seien von den Eigenheiten der Prüfer weitgehend unabhängig.

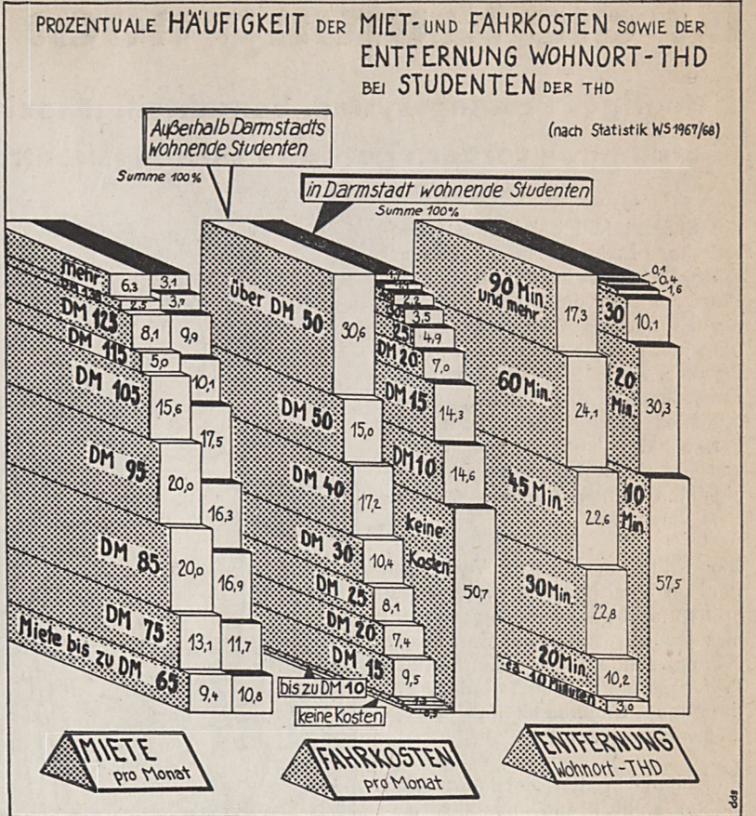
Erstsemester sollten sich über ihre Studiendauer keine Illusionen machen; von 8 bis 10 Semestern keine Rede. Am besten kommt man noch bei den E-Technikern zurande; durch Punktsystem, Rückstufung und repressive Hauptprüfungsordnung dauert das Studium im Durchschnitt 11,8 Semester — wenn man überhaupt so weit kommt. Am besten muß das Studium bei den Chemikern sein, denn dort währt es am längsten: 13,7 Semester.

Für schlechte Noten und lange Studienzeiten werden von der Vulgarideologie der Professoren in dieser Reihenfolge verantwortlich gemacht: die Studenten, das Kultusministerium, das Finanzministerium, die Verhältnisse. Unsere Ordinarien sollten sich an die eigene Nase fassen und endlich die falsche Loyalität dem Staat gegenüber aufgeben, die sie daran hindert, berechnete Forderungen zur Verbesserung der Studienbedingungen mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Von nichts kommt nichts.

Zu wenig gelernt?

Will ein Physikstudent zur Experimentalphysikvorprüfung zugelassen werden, braucht er zwei Übungsscheine mit vier bestandenen Klausuren, bei denen keine anderen Hilfsmittel außer dem Gedächtnis erlaubt sind, einen Praktikumsschein über 40 Versuche und einen Übungsschein in „Einführung in die theoretische Physik“.

Das Vordiplom wird dann nicht zur Prüfung eines vermeintlichen Könnens, sondern allenfalls zur Prüfung des Gedächtnisses und der Nervenstärke. Man vergesse möglichst alles, was man für Chemie auswendig lernen mußte und stopfe dann sein Gedächtnis mit einer Unmenge — wenn möglich den richtigen — Versuchen und Formeln voll. Sollte man allerdings falsche oder die falschen Formeln auswendig gelernt haben, es könnte auch sein, daß der Autor des Lehrbuches etwas vergessen hat, oder sollte der Physikspeicher am Prüfungstag gerade nicht abrufbereit sein — vielleicht fällt dem Prüfling dann die chemische Formel für Thio-stannat oder Wasserglas ein, zehn Tage zu spät — ja dann hat man eben Pech gehabt oder, wie es in der amtlichen Sprache heißt, zu wenig gelernt.



Erfolgreiche Störung

Basisgruppe BI contra Professor Neugebauer

Die Studienreform geht auch an den Bauingenieuren nicht vorbei. Die von der Fakultät eingesetzte „Kommission für Studien- und Prüfungsfragen“ macht sich Gedanken über den Wert und Unwert mancher Vorlesungen vor dem Vordiplom. Inoffiziell wurde bekannt, daß dem Nebenfach „Maschinenelemente“ (2. Semester) kein langes Leben mehr beschieden sein sollte.

Prof. Neugebauer (Fördertechnik und Lasthebemaschinen) mußte um seine einzige Massenvorlesung bangen. So hatte er zu Beginn des Sommersemesters nichts Besseres zu tun, als seine Hörer des zweiten Semesters von der Wichtigkeit seiner Vorlesung zu überzeugen. Eine „Basisgruppe Bauingenieurwesen“ mußte deshalb vor der nächsten Stunde die dringend notwendige Aufklärungsarbeit leisten:

Dreihundert Studenten brannten darauf, ihr Kollegheft mit Maschinenelementen zu füllen. Sie fanden nichts dabei, in diesem Semester zehn Übungstests schreiben zu müssen, um zur Abschlußklausur zugelassen zu werden, im zweiten Semester eine für sie unverdauliche Mischung aus Technischer Mechanik III und Maschinenelementen vorgezogen zu bekommen und bei der Abschlußklausur vielleicht zu den 35% der durchgefallenen Prüflinge zu gehören. Aus den obersten Reihen brüllte es der Basisgruppe entgegen: „Gehen Sie doch raus! Die stören systematisch den Lehrbetrieb.“

Prof. Neugebauer trat in den Saal, um den „Lehrbetrieb“ aufzunehmen. Zu den Angriffen auf seine Vorlesung bemerkte er: „Nur der Dekan und die Fachschft können zu einer konstruktiven Lösung kommen. Wir kommen nicht umsonst hier zusammen. Wir leisten grundlegende

Hellseher Frühauf

„Dieser kommende Jahrgang wird ohnehin einem stärkeren Schwund unterliegen als die vorangegangenen.“ Prof. Frühauf (Verfasser der „Kapazitätsberechnung“ der Fakultät Elektrotechnik, in der mit Akribie dargelegt wird, wieviele Studenten „versagen“ müssen, damit die Kapazität auch in den kommenden Jahren ausreicht) in einer Vision auf der Fakultätssitzung am 15. 4.

Arbeit... Fortsetzung der Bildungsarbeit... in Prüfungen, wo gewisse Anforderungen gestellt werden müssen, vollziehen sie nicht den Abstraktionsprozeß... der Weg von der Schule zur Technischen Hochschule ist der Weg von Descartes zu Newton... und was dergleichen Sprüche mehr einem gebildeten Akademiker zur Verfügung stehen.

Prof. Neugebauer ist sogar sehr reformbewußt. Um jeden Zweifel zu beseitigen, las er die Forderungen der Studentenschaft — „Nicht nur zeichentechnische Übungen im Fach Maschinenelemente!“ — aus dem Jahre 1952 vor. „Heute sind diese Forderungen doch längst erfüllt. Was wollen Sie denn?“ Befehlsempfänger Neugebauer („Ich habe den Auftrag, diese Vorlesung zu halten.“) begab sich zur Tafel und zeichnete Maschinenelemente. Und 300 Zweitsemester zeichneten mit.

Als in der Fakultätssitzung am 30. April ein Flugblatt der Basisgruppe zur Sprache kam, empörten sich die

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL.: 70321 TEL.:77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14
TELEFON: 06251/2291

Ordinarien über die Art und Weise, wie hier durch den Schritt an die Öffentlichkeit in schwebende Reformverhandlungen eingegriffen werde. Der Vorsitzende der Reformkommission, Prof. Beck, verwahrte sich energisch dagegen, in der Kommission beschlossene Tatsachen als offiziell beschlossen bekanntzugeben: „Dadurch werden unsere Arbeit und unsere vernünftigen Entscheidungen verzögert.“ Verzögert werden diese Entscheidungen allerdings, das aber schon seit Jahren. Und Probleme von einer Öffentlichkeit diskutieren zu lassen, ist eben nicht der Brauch. Prof. Beck: „Wir sind für jede Anregung dankbar.“ Abschließend teilte Fachschaftsvertreter Skoupil mit, Prof. Neugebauer habe sich von den studentischen „Störern“ überzeugen lassen: Die Tests sind in Zukunft freiwillig und anonym. Basisarbeit zahlt sich aus.

ZERSCHLAGT DEN VDS!

Die Funktionäre versuchen den VDS zu retten

Vor einiger Zeit wurde über Orgasmuschwierigkeiten gefeiert; die Studentenfunktionäre ergötzen sich heute an ihren Vermittlungsschwierigkeiten: Die Mehrheit der Studenten versteht nicht, was ihre Sprecher eigentlich wollen. Die Funktionäre können sich ihrer „Basis“ nicht mehr „vermitteln“.

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds) versuchen die Funktionäre, ihren Verein dem antiautoritären Protest der Studenten anzupassen. Aus einer Analyse der bisherigen gescheiterten Politik des Verbandes zogen sie den Schluß: Der hierarchische Aufbau des vds

mit dem Wasserkopf der Bonner Funktionärszentrale ist an dem Versagen schuld. Es wurde ein Strukturmodell entworfen, das bei weitgehender Dezentralisation die Unterstützung studentischer Aktivitäten vorsieht. Die Aktivitäten sind schon vorgeschrieben, es können allerdings auch spontane Aktionen gefördert werden, wenn es ins Konzept paßt.

Die Frage, was ein Verband überhaupt noch soll, wo der alte die Unfähigkeit von Verbänden schlagend bewiesen hat, wurde nicht gestellt. Selbstkritik darf nicht in Selbstaufgabe ausarten: So radikal sind unsere Funktionäre nun wieder

nicht, daß sie sich selbst abschaffen. Die Studentenfunktionäre schreien nach der Basis wie Kiesinger nach den gemäßigten Studenten: ohne



Echo. Auf die anonyme Basis läßt sich gut einschlagen. Mit dem Anspruch, die Basis zu selbständigem Handeln zu ermuntern, wurde der vds reformiert. Doch wie jede Reform einer etablierten Elite ist das Strukturmodell lediglich dazu geeignet, Kritiker zu integrieren. Die vielgepriesene Basis, von der die Kritik am vds kommt (wenn auch nicht artikuliert), wird durch das Strukturmodell entscheidend geschwächt.

Wie war es denn bisher? Jeder Studentenfunktionär, der etwas taugte und Ehrgeiz hatte, landete über kurz oder lang in der Bonner vds-Zentrale. Damit war er für die Studentenschaft seiner Hochschule völlig abgeschieden, obwohl er hier am dringendsten gebraucht wurde. Blieb er im Lande, dann verplemperte er immer noch zu viel Zeit damit, die papers und Gerüchte und Informationen aus Bonn zu verdauen, anstatt sich um seine Studenten und deren Probleme zu kümmern.

Im neu konzipierten vds wird die Zahl der Funktionärsposten handfest vergrößert, man muß sich nur den naiven Basis-Schmus wegdenken, um das zu sehen. Und wer für den vds arbeitet, der hat andere Sorgen, als die Alltagsprobleme an der Hochschule anzupacken. Niemand hat die physische Kraft, sowohl im vds wie an der Hochschule tüchtig mitzumischen, dazu langt die Zeit gar nicht.

Außerdem hat jeder Verband das Bestreben, die von ihm Vertretenen zu entmündigen – siehe die Arroganz, mit der durch die Sprüche von Vermittlungsschwierigkeiten den Studenten vorgeworfen wird, sie hätten der vds, wenn es den Funktionären die einfachsten Sachen

Universitätsgesetz ergänzt Hochschulgesetz

Numerus clausus und Zwangsexmatrikulation gesetzlich sanktioniert

Das Hochschulgesetz Schüttes kann bei dem Vorhaben, das Kurzstudium an den Hochschulen einzuführen, nicht isoliert betrachtet werden. Das Universitätsgesetz bietet die passenden Ergänzungen. § 43.3 des Universitätsgesetzes lautet: „Ein Student kann exmatrikuliert werden, wenn er nach einer unangemessen langen Studienzeit eine vorgeschriebene Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung nicht abgelegt oder endgültig nicht bestanden hat.“ Was unangemessen lang ist, wird vom Kultusministerium entschieden. Für das Einrichten von Zwischen- und Vorprüfungen findet Schüttes in der Hochschule Handlanger. Elitär gesinnte Ordinarien werden diese Möglichkeit beim Schopfe packen und die entsprechenden „angemessenen Prüfungen“ einrichten. Für die an den Universitäten oder an den Fachhochschulen einzurichtenden Kurzstudiengänge werden mit den sich verschärfenden Prüfungen „ausreichend“ viel Studenten rekrutiert.

Für die Übergangszeit bis zum Funktionieren dieses Mechanismus hat Schüttes natürlich auch vorgesorgt.

Im § 42.2 des Universitätsgesetzes steht: „Die Aufnahme kann für einzelne Fachbereiche oder Fachgebiete beschränkt

werden, soweit dies mit Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit der Universität erforderlich ist, um ein sachgerechtes Studium in dem betreffenden Fachbereich oder Fachgebiet zu gewährleisten.“

Der numerus clausus, die Bankrotterklärung der Kultuspolitik, erhält seinen gesetzlichen Segen, ein einmaliger Akt in der deutschen Hochschulgesetzgebung.

Das „sachgerechte Studium“ wird wohlweislich undefiniert gelassen: „das Nähere regeln die Allgemeinen Vorschriften für Studenten.“ (§ 2.3)

Diese Vorschriften werden vom Kultusministerium erlassen, natürlich. Die Hochschule selbst kann den numerus clausus in der Zukunft weder beschließen noch verhindern. Ein Aufnahme-stop, wie er gerade von den Fakultäten Elektrotechnik und Mathematik/Physik beschlossen wurde, wäre dann gesetzeswidrig und nichtig. Der Bildungsnotstand wird perfekt vorausgeplant.

Diese Gesetze, die ab Januar 1970 in Kraft treten sollen, bedrohen Ingenieurschulstudenten und Hochschulstudenten gleichermaßen. Sie können höchstens durch gemeinsame Aktionen der Universitäten und Fachhochschulen verhindert werden.

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Kataloggebühr wird beim Kauf angerechnet.

- Katalog A 5,- DM
- Katalog B 10,- DM
- Prachtkatalog 20,- DM

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

JEAN - PIERRE VILLENEUVE

Stockflethsvej 7 - Kopenhagen F / Dänemark Dept.

BÜCHER

DIE PALETTE

von Hubert Fichte

Rowohlt Verlag, Reinbek

360 S.; kart. DM 14,80, Ln. DM 22,-

„Die Palette ist alles.“ Die „Palette“, Lokal in St. Pauli, ist Treffpunkt der „anderen“, der Hippies, Homos, Gammeler, Nutten, Trinker und Drogenschlucker.

„Die Palette“ ist Produkt von drei Jahren Besuchen in der Palette, von drei Jahren Leben mit einer Gruppe, die sich als außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft lebend versteht.

In seiner eigenen Schreibe (Untergrund-Jargon, Paletten-ABC, „Stoff aus Wörtern. Schnee aus Wörtern. Wörter aus St. Pauli.“) hat Hubert Fichte alles, was er gesehen, beobachtet und erlebt hat, aufs Papier gebracht („ganze Sesimbrastrände voll Material“).

Das Ergebnis: feature, Dokumentation, Prosa, Lyrik, Beschreibung, Erinnerung und Zukunftsvisionen, Interviews, Reflexionen, hervorgerufen durch die Distanz zur Umgebung, Reflexionen über Adenauer, die Osterdemonstrationen, Springer, Proust, die WELT, DIE ZEIT, die Heidelberger Corpsstudenten, die NPD, Arno Schmidt. . .

„Die Palette“ ist kein Roman. . . Jeder Besuch in der Palette ist ein Roman.“ Siebzig Romane.

„Die Palette“ ist amüsant, macht Spaß, schockiert (manche).

„Die Palette“ ist ein egozentrisches Buch, egozentrisch, da Fichte nur beobachtet und sich zu dem Gesehenen etwas ausdenkt, ohne Schlüsse zu ziehen. Deshalb ist es letzten Endes unpolitisch.

„Die Palette“ ist nicht alles.

Leona Siebenschön:

Ehe zwischen Trieb und Trost

Eine frivole Soziologie

R. Piper Verlag

DM 25,-

Da fliegen einem die Zitate irgendwelcher Autoritäten, die zum Thema Ehe etwas geäußert haben (und wer ist auf diesem Gebiet nicht Autorität) nur so um die Ohren. Zentnerweise werden Fakten herangeschleppt, um mal diese und mal jene Theorie zu beweisen. Am meisten aber fällt mir der Stil auf die Nerven. Muntere Sörüchlein, lustig aufgemopfte Wortspiele u. ä. m., trägt ihr Teil dazu bei, daß die Buhwinde man blickt. Ich habe den Verdacht, daß der Verlag das Buch wegen dieses augenzwinkernden Stils für eine

„frivole“ Soziologie hält. Naja. Abgesehen von diesen Mängeln ist das Buch sehr lesenswert. Die kritische Durchleuchtung der Institution der Ehe, die Rolle der Frau durch die Jahrhunderte und die Darstellung ihrer Unterdrücker (der Männer) ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der heutigen Situation. Die Verfasserin räumt auf mit dem moralinsauren Schwulst, der sich rund um die heilige Kuh fast aller europäischer Nationen zu einem kaum durchbrechbaren Wall verklebt hat und der heute auch den Männern, den einstigen Begünstigten, die Bewegungsfreiheit nimmt. Das Ergebnis, nämlich daß die Ehe die kleinste repressive Gemeinschaft ist bzw. meistens ist, kann zu neuen Wegen führen. Nicht die psychische Vernichtung des Partners (Hingabeforderung) ist die Basis, sondern die Anerkennung der gegenseitigen Persönlichkeitsstrukturen. Ich möchte dieses Buch allen empfehlen, vorzugsweise der Generation unter 30, und besonders unserer Bundesänne Brauksiepe, die Millionen wunderbar glücklicher Ehen kennt.

F. Kohlrausch:

Praktische Physik

Herausgegeben von G. Lautz und R. Taubert

Verlag G. T. Teubner, Stuttgart

22. Auflage in 3 Bänden, insgesamt

ca. 1220 S. mit 870 Abb.

DM 66,-, DM 76,-, DM 36,-

Der Kohlrausch ist das Standardwerk des Experimental-Physikers. Fast alle auftretenden Meßmethoden werden kurz beschrieben; wem das nicht genügt, der kann sich mit den zahlreichen Literaturhinweisen weiterhelfen. Gegenüber früheren Auflagen wurden hauptsächlich die Kapitel Akustik, Elektrizität und Magnetismus und Struktur der Materie auf den neuesten Stand gebracht. Der Tabellenteil wurde erweitert und bildet einen eigenen Band. Der Gebrauch des recht umfangreichen Werkes wird erleichtert durch eine gut gegliederte Inhaltsübersicht und ein sehr ausführliches Register.

Weniger erfreulich ist der Gesamtpreis, der mit fast 180 Mark außerhalb dessen liegt, was sich der Durchschnittsstudent (Honnef-) leisten kann. Die Profitorientierung der Verlage trägt ihr Teil dazu bei, daß die Bundesrepublik, was Bildung und Wissenschaft betrifft, katastrophal rückständig ist.

Gewisse Ursachen

Überraschend genug: Der Oberste Rechnungshof des Landes Bayern monierte nach Überprüfung des Finanzgebarens der Hochschule nicht nur die üblichen Lächerlichkeiten wie falsch verbuchte Pfennigbeträge. In seinem Abschlußbericht warf er den Hochschulen vor, sie hätten nicht die Wirksamkeit, die den aufgewendeten Geldern angemessen sei.

Der Rechnungshof kritisierte besonders die geringe Steigerung der Studentenzahlen, die hohen Durchfallquoten bei Prüfungen und die außerordentlich häufige Überschreitung der Mindeststudiendauer.

Die Zahlen für Bayern: Von 1955 bis heute hat sich die Zahl der Studenten verdoppelt, die jährlichen Ausgaben für die Hochschulen haben sich dagegen versechsfacht – von 109 auf 663 Mio DM. Nicht bestanden werden 29% der Vorprüfungen und 16% der Abschlußprüfungen.

Der Engere Senat der Universität Würzburg wies auf einer Pressekonferenz die Vorwürfe des Rechnungshofes zurück – mit eigenartigen Argumenten. Mit einer rein numerischen Untersuchung könne man die Lage nicht objektiv darstellen, denn:

- vielfach werde das Studium wegen gewisser Zulassungsbeschränkungen gewechselt;
- die Durchfallquoten hätten komplexe Ursachen, die nicht die Hochschule zu vertreten habe;
- Prüfungsordnungen, Zulassungsbeschränkungen oder die Heirat von Studentinnen.

Jetzt weiß man endlich, woran es liegt: an gewissen Zulassungsbeschränkungen, an komplexen Ursachen, an diesen Erscheinungen. Als ob Studienpläne, Prüfungsordnungen und Zulassungssperren nicht von den Ordinarien gemacht werden.

Auch wenn die pingeligen Revisoren eines Rechnungshofes die Sünden der Professoren aufs Komma genau vorrechnen: Die vielbeschworene Verantwortung des Ordinarius läßt sich mit Zahlen selbstverständlich nicht greifen. Ob es sie vielleicht gar nicht gibt?

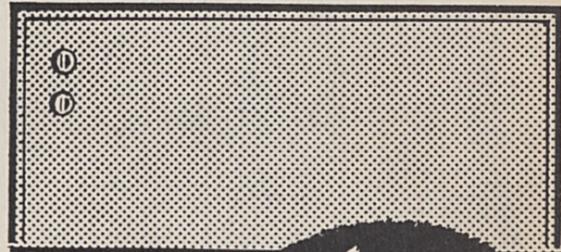
nicht, die Funktionäre ausgekocht haben. Und umgekehrt: Da es da oben so tüchtige Leute gibt, hat der Einzelne keinen Anreiz, seine Sache selbst in die Hand zu nehmen. Die da oben werden es schon machen.

Das Vertrauen in die Funktionäre widerspricht eklatant dem Prinzip der Selbstbestimmung. Fairerweise hätte der vds, wenn es den Funktionären mit der Forderung nach

Selbstbestimmung ernst wäre, nicht eine Struktur erhalten dürfen, die diesem Anspruch zuwiderläuft. Selbstbestimmung heißt ja nicht, die Zahl der Funktionäre auf Teufel komm raus zu erhöhen.

Der vds hat bisher überhaupt nichts Nennenswertes erreicht, nur eine Unsumme Geld gekostet. Die Mausechelen mit den Bonner Ministern

Fortsetzung Seite 6



behaglich warm und sooo bequem

hat man's mit der modernen Elektro-Speicher-Heizung

Die Aufladung der Geräte erfolgt mit billigem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf entnommen. Das alles geschieht vollkommen automatisch.



HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

Imperatives Mandat

Entmachtung der Funktionäre

Vor der Wahl versprechen sie den blauen Himmel über der Ruhr, und nach der Wahl machen sie Notstandsgesetze, Vorbeugehaft und Ordnungsrecht. „Wir lassen uns das nicht zerstören, weder von rechts noch von links!“ versichert arrogant Helmut Schmidt-Scheiße. Solchen Leuten, geben wir unsere Stimme und haben sie für 4 Jahre nicht mehr. Wenn wir den Mund aufmachen, werden wir als Krawallmacher, Revoluzzer und Hochverräter verketzert und verfolgt. Unsere Stimme sollen wir geben und das Maul halten.

Die Abgeordneten werden uns von den Parteien vorgesetzt. Vor der Wahl wird Zuckerwatte produziert: viel Luft und kaum Substanz. In dem klebrigen Zeug sehen wir nichts mehr, riechen nur das Süße und vergessen ganz benebelt, was war; im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit machen wir das Kreuzchen.

Einmal gewählt, ist der Abgeordnete, so steht es geschrieben, an Aufträge nicht gebunden, nur seinem Gewissen verpflichtet. Mit welchen Versprechungen er unsere Stimme ergattert hat: Nicht für uns, aber für ihn war es völlig unverbindlich. Den Persilschein des freien Mandats kann er tadellos der Fraktion, der Parteiführung, den Lobbyisten oder dem gesunden Volksempfinden verschauern.

Diese Perversion wird durch das imperative Mandat halbwegs unterbunden. Wer sich wählen läßt, kann jederzeit abgewählt werden. Der Gewählte ist an Aufträge gebunden. Wenn er sie nicht ausführt, muß er es seinen Wählern erklären können: Entweder leuchten die Gründe für die Abweichung vom Auftrag ein, dann darf er weitermachen; oder er hat den an die geliehenen Stimmen gebundenen Auftrag nicht verstanden und muß gehen. Niemen werden sofort entfernt.

Der Gewählte wird von seinen Wählern ständig kontrolliert. Er ist wirklich verantwortlich, denn er haftet mit seiner privilegierten Stellung für das, was er macht oder unterläßt. Seine Macht beschränkt sich auf einen zeitlichen Informationsvorsprung vor den von ihm Vertretenen. Die Wähler haben die Möglichkeit, auf zu treffende Entscheidungen Einfluß zu nehmen: Demokratie nicht nach Feierabend oder nur für Funktionäre.

Wir wollen keine Funktionäre, die gegen unseren Willen Notstandsgesetze, Vorbeugehaft und Ordnungsrecht mit unserer Stimme für den blauen Himmel über der Ruhr machen. Wir wollen keine Mitsprache, Mitverantwortung, Mitbestimmung: Wir wollen Selbstbestimmung. Dazu brauchen wir das Imperative Mandat, nicht nur für Studentenfunktionäre.

Almosen für 200 Studenten

Alle reden vom Notprogramm - Osswald nicht

Am 22. April klingelte bei Kanzler Wilke das Telefon: Ob er nicht, bitteschön, morgen nach Wiesbaden kommen wolle, ließ die Staatssekretärin des Kultusministers anfragen. Der Kanzler wollte.

Ihm und seinen Kollegen aus Frankfurt, Gießen und Marburg sollte Unangenehmes eröffnet werden: Von dem für das „Dringlichkeitsprogramm zur Abwendung eines numerus clausus“ per Eilumfrage ermittelten Betrag von 42,8 Mill. DM für alle vier Hochschulen des Landes wollte der Kultusminister nur 4 bis 5 Mill. bewilligen. Mehr, so ließ Schütte ausrichten, würden Finanzminister und Kabinett wahrscheinlich sowieso nicht genehmigen.

Von den 42,8 Mill. DM, so wurde den verdutzten Verwaltern mitgeteilt, entfielen ohnehin 8 Mill. auf Investitionen, 12 Mill. auf Kliniken und weitere 8 Mill. auf Gerätebeschaffungen, blieben also als „echte (!) Personal- und Sachforderungen“ noch rund 13 Mill. übrig. Diesen Betrag für Hilfsassistenten, Papier und Reparaturen sollten die Kanzler nun „unter Anlegung eines noch strengeren Maßstabes“ auf insgesamt vier bis fünf Millionen zusammenstreichen; sie wiesen dieses Ansinnen, ihre Dringlichkeitsforderungen auf ein Zehntel zu reduzieren, jedoch zurück (Kanzler Wilke: „Wir machen uns ja lächerlich!“). Tatsächlich macht die in Aussicht gestellte Summe noch nicht einmal den Betrag aus, um den das Land



Für 1,5 Mill. DM 200 Studenten mehr in die Hörsäle?

zum Beispiel den Haushaltstitel „Ergänzung und Erhaltung von Gerät“ (von 3,2 auf 1,4 Mill. DM) früher zu-



programms (der Finanzminister ist offensichtlich überhaupt noch nicht gefragt worden, dabei ist der Erlaß immerhin schon ein Vierteljahr alt) legt den Verdacht nahe, daß man den Hochschulen die politische Beruhigungsspritze gar nicht verabreichen will. Man will sie nur vorzeigen. Die Unverschämtheit, die Hochschulen erst einmal ohne konkrete Angaben ein Notprogramm aufstellen zu lassen, um ihnen dann zu offenbaren, es sei viel zu umfangreich, verdeutlicht dies noch.

Die vier Kanzler haben jedenfalls deutlich zu verstehen gegeben, daß man mit solchen Almosen den numerus clausus nicht abwenden kann, und auch in den Fakultäten erntete diese Zumutung bisher nur Hohn- und Gelächter. Während man in Wiesbaden offensichtlich noch ratschlagt, wie man Finanzminister Osswald schonend die 5 Millionen beibringen soll, diskutiert man in Darmstadt schon die Schließung der Hochschule.

Die Staatssekretärin Hamm-Brücher entschied daraufhin, jede Hochschule habe innerhalb einer Woche ein neues Dringlichkeitsprogramm in der Größenordnung von 1,5 Millionen vorzulegen, den 2 Mill.-Mehrbetrag nähme sie auf ihre eigene Kappe. (Die Gute! Hoffentlich macht sie niemand haftbar dafür.) Der Vorlagetermin wurde später auf den 14. 5. festgesetzt.

Verk. folgende Zeitschriften:
Regelungstechnik 1967/1968
Archiv für technisches Messen
Int. Elektr. Rundschau 1964-1968
Steinmetz, Dst., Riedeselstr. 64
Tel. 16 77604

Eine kurze Überschlagsrechnung ergibt, daß mit 1,5 Mill. DM nur etwa 200 Studenten mehr als bisher und das zu unverändert katastrophalen Bedingungen durch die Hochschule geschleust werden könnten (Zuwachs schon 1968/69: 700 Studenten). Die schleppende Abwicklung des Not-

Fortsetzung:

Zerschlagt den VDS!

rien und Parteiführern haben denen nur das Alibi geliefert: „Wir sprechen mit der jungen Generation, wir sind ja nicht so.“ Das war alles unverbindlich und wird es bleiben; wir wissen doch längst, daß Argumente nichts zählen.

lungspartner der Führungsspitzen in Frage kommt und damit den verhöhten Effekt der M...chelein „auf höchster Ebene“ noch verstärkt. Inzwischen haben sich die Studentenfunktionäre soweit verselbständigt, daß sie in aller Arroganz sozu-

Es ist schlicht eine elitäre, ergo faschistische und repressiv-disziplinierende Scheiße, wenn von den Funktionären von jedem, dem die Hochschule oder die Gesellschaft auch stinkt, gefordert wird, daß er den scheußlichen linken Jargon versteht und kritiklos Hurra brüllt, wenn das böse Establishment angetrotzt wird. Jeder, der nicht wie die Funktionäre so gut informiert ist, braucht doch eine erhebliche Verarbeitungszeit, um die ihn berührenden Informationen erst einzuordnen und dann zu einer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft zu kommen. Aber klappen tut es.

Wir haben keine Lust, uns für einen Funktionärsverband zu engagieren, der uns mit exotischen Projekten daran hindern will, erst einmal die Ordinarienuniversität und den numerus clausus und die Vorlesungs- und Prüfungsordnungen abzuschaffen, der uns die Zeit stiehlt, die wir für die Satzungsreform und den Kampf gegen Schüttes HUG besser nutzen können.

Den Marsch durch die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft haben wir uns für später auf, wenn wir genug von denen zusammen haben, die aus dem Kampf an der Hochschule gelernt haben, wie man eine autoritäre Gesellschaftsstruktur erfolgversprechend angreifen und zerschlagen kann.

Unsere ASTA-Funktionäre können wir, wenn sie sich nicht gerade auf einer vds-Tagung ein paar schöne Stunden machen, notfalls täglich in der Mensa in die Suppe spucken. Die können wir ein bißchen kontrollieren und notfalls austauschen, wenn sie zu blöd sind. Aber die vds-Funktionäre sitzen weit weg oder in Diskussionszirkeln und machen die Revolution und freuen sich, wenn wir ihnen die Drittelparität erkämpfen.

Wir brauchen keinen vds. Schaffen wir die Funktionäre und die schwätzenden Schmarotzer ab. Zerschlagt den vds!

Der vds hat keine gerechte Ausbildungsförderung (nicht mal höheres Honnef), keine demokratischen Hochschulgesetze und noch weniger eine Bildungspolitik nach wissenschaftlichen statt nach ideologischen Kriterien erreicht. Er hat die Notstandsgesetze nicht verhindert und nicht das Ordnungsrecht. Er hat keinen Einfluß auf die Westdeutsche Rektorenkonferenz, den Wissenschaftsrat und den Bildungsrat gewonnen, obwohl sich das alles im Bonn-Godesberger Sumpf angesiedelt hat. Ein Narr ist, wer dem vds irgendeine Funktion zuspricht.

Der vds ist auch nach der Umorganisation an die Strukturen der kritisierten und bekämpften Gesellschaft optimal angepaßt. Ein Verband muß es sein, alle anderen haben ja auch einen. Es ist schwachsinnig, die hierarchischen Strukturen der Verbände und Parteien anzuprangern, wenn man selbst nur als Verhand-

sagen als Beitrittserklärung die Bereitschaft zur Revolution und sozialistisches Bewußtsein verlangen, ehe sie einen Außenstehenden, einen von der Basis, bei sich reinreden lassen.

Obwohl alle Studentenproteste zunächst aus einer spontanen moralischen Empörung entstanden, egal ob Vietnam, 2. Juni, Springer oder Notstandsgesetze, und obwohl die Mehrheit der Engagierten nach kurzer Zeit des Mitmachens bei einer massiven Gesellschaftskritik landete, haben die Funktionäre nichts besseres zu tun, als sich vor einer mobilisierten Basis zu fürchten, die womöglich das Falsche tut – als ob diese Gefahr gegeben wäre. Der Verzicht auf die Massenmobilisation aus Furcht vor einem Rückschlag: Von der Basis wird erwartet, daß sie die vorgekauften Brocken auch brav akzeptiert, wenn sie mal loslegt.

Es erscheinen Morgenzeitungen,
 es erscheinen Tageszeitungen,
 es erscheinen Wochenzeitungen –
 einmal im Monat
 erscheint der